

Abteilung Kommunikation

Telefon: +49 621 181-1016

pressestelle@uni-mannheim.de

www.uni-mannheim.de

Presseinformation

Mannheim, 14. August 2023

GBP-Monitor: Fast ein Drittel der Unternehmen fordert weniger Offenlegungspflichten

Weniger Offenlegungspflichten – das fordert fast ein Drittel der Unternehmen, die das German Business Panel im Juli befragt hat. Darunter vor allem kleine Unternehmen, die über weniger Ressourcen und Fachpersonal verfügen. Größere Unternehmen profitieren häufig sogar von mehr Transparenz. Sie nutzen die Offenlegung von Wettbewerbern als Informationsquelle und bewerten die geltenden Offenlegungspflichten insofern deutlich positiver.

Nicht nur große Kapitalgesellschaften, auch kleine und mittlere Betriebe müssen in Deutschland umfangreiche Unternehmensdaten offenlegen. Offenlegungspflichten sind wichtig. Denn so kann sich die Öffentlichkeit über die wirtschaftliche Lage und Leistungsfähigkeit eines Unternehmens informieren. Das dient dem Schutz von Geschäftspartnern und gewährleistet die Funktionsfähigkeit des Marktes. Gleichzeitig ist die Offenlegung von betrieblichen Daten mit Kosten für die Unternehmen verbunden. Mit der neuen Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) kommen ab 2024 weitere Berichtspflichten hinzu – und damit auch höhere Kosten. Das hat das German Business Panel (GBP) nun zum Anlass genommen, zu untersuchen, wie Unternehmen in Deutschland die bereits geltenden Offenlegungspflichten bewerten. Denn: „Eine erfolgreiche Regulierung muss das richtige Maß finden und sollte Unternehmen nicht überfordern“, so Projektleiter Prof. Dr. Jannis Bischof.

Bewertung der Offenlegungsregeln ist ressourcenabhängig

Der neue GBP-Report macht deutlich: Die bestehenden Transparenzpflichten sind für viele Unternehmen eine Belastung. Während nur 13 Prozent der Unternehmen mehr Transparenz verlangen, fordern 30 Prozent weniger Transparenz. Wie die Unternehmen zu diesem Thema stehen, hängt dabei vor allem von ihrer Größe und ihren Ressourcen ab. Kleine Unternehmen mit weniger als zehn Mitarbeitenden sprechen sich überdurchschnittlich häufig für weniger Offenlegungspflichten aus. Größere Unternehmen wiederum plädieren doppelt so häufig wie kleine sogar für mehr Transparenz. Eine Frage der Wahrnehmung von Kosten und Nutzen – das legt der Report nahe.

„Für kleine Unternehmen wiegen die Kosten der Offenlegung offenbar deutlich schwerer als ihr Nutzen“, so Bischof. „Sie verfügen über weniger Ressourcen und Fachpersonal. Daher ist die Aufbereitung und Veröffentlichung von betrieblichen Informationen für sie mit

erheblichen Kosten verbunden – auch wenn sie aufgrund ihrer Unternehmensgröße deutlich weniger Daten offenlegen müssen.“ So steigt die Zustimmung für Transparenzregulierungen auch mit der Größe der Finanzabteilungen. Unternehmen, die mindestens fünf Mitarbeiter in diesem Bereich beschäftigen, bewerten die Bestimmungen mit 5,5 Punkten auf einer Skala von 0 (Wir möchten viel weniger Transparenz) bis 10 (Wir möchten viel mehr Transparenz) überdurchschnittlich positiv. Die Zustimmungswerte von Unternehmen mit kleineren Finanzabteilungen liegen mit 4,7 Punkten deutlich darunter.

Größere Unternehmen können Transparenz zu ihrem Vorteil nutzen

Gleichzeitig offenbaren die Daten, dass vor allem größere Unternehmen im Laufe der letzten zwei Jahre vermehrt relevante Informationen aus der Berichterstattung von Wettbewerbern gezogen und für sich genutzt haben. Das macht deutlich: „Unternehmen, die ausreichend Fähigkeiten und Ressourcen besitzen, können nicht nur die Anforderungen der Berichterstattung besser bewältigen, sie können auch die Vorteile durch die Offenlegung besser nutzen“, so Bischof. „Dadurch bewerten sie Transparenzpflichten deutlich positiver.“

Allerdings müssen Unternehmen damit rechnen, dass auch die eigene Offenlegung von Wettbewerbern genutzt wird, um Rückschlüsse auf vertrauliche Unternehmensdaten zu ziehen. Daher sind Unternehmen, die ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung ausbauen, tendenziell weniger gewillt, diese Information offenzulegen als Unternehmen, die ihre Investitionen kürzen – obwohl eine Ausweitung der Investitionen von der Öffentlichkeit als eher positiv bewertet wird. Denn genau diese Investitionen in Forschung und Entwicklung stellen auch für Wettbewerber handlungsentscheidende Informationen dar.

Transparenzbestimmungen beeinflussen die Bewertung der Wirtschaftspolitik

Wie zufrieden die Unternehmen mit den Transparenzvorschriften sind, hat letztlich einen wesentlichen Einfluss darauf, wie sie die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bewerten. Unternehmen, die die Transparenzanforderungen als zu hoch empfinden, sind deutlich unzufriedener mit der aktuellen Wirtschaftspolitik. Das trifft vor allem auf kleinere Unternehmen zu, die die Offenlegungsbestimmungen insgesamt negativer bewerten.

Den „GBP-Monitor: Unternehmenstrends im August 2023“ finden Sie hier:

https://www.accounting-for-transparency.de/wp-content/uploads/2023/08/gbp_monitor_2023_08.pdf

Weitere Informationen zum GBP-Monitor

Das German Business Panel befragt monatlich mehr als 800 Unternehmen zur Unternehmenslage in Deutschland und erhebt dabei Daten zu 1) erwarteten Umsatz-, Gewinn- und Investitionsänderungen, 2) unternehmerischen Entscheidungen, 3) der erwarteten Schließungsrate in der Branche und 4) der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik. Zudem wird jeden Monat zu besonders aktuellen Fragen berichtet.

Hintergrundinformationen zum German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“ (www.accounting-for-transparency.de). Der Sonderforschungsbereich (SFB) „TRR 266 Accounting for Transparency“ startete im Juli 2019. Im Mai 2023 beschloss die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), den SFB um zunächst weitere vier Jahre zu verlängern. Er ist

der erste SFB mit betriebswirtschaftlichem Schwerpunkt. Am SFB sind über 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von neun Universitäten beteiligt: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der Frankfurt School of Finance & Management, der WHU - Otto Beisheim School of Management und der Universität zu Köln. Die Forscherinnen und Forscher untersuchen, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Das Fördervolumen des SFBs beträgt rund 18 Millionen Euro.

Kontakt:

Prof. Dr. Jannis Bischof
Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung
Universität Mannheim
Tel: +49 621 181-1630
E-Mail: jbischof@uni-mannheim.de

Yvonne Kaul
Forschungskommunikation
Universität Mannheim
Tel: +49 621 181-1266
E-Mail: kaul@uni-mannheim.de